

Pressemitteilung

Jena, 05.12.2017

Solidarisierung mit den studentischen Beschäftigten in Berlin

Nacht- und Wochenendarbeit, befristete Arbeitsverträge, Mindestlohn: die Situation von studentischen Beschäftigten ist in der gesamten Bundesrepublik als prekär zu bezeichnen. Meist nur für eine kurze Zeit angestellt und mit dem Mindestlohn vergütet erledigen studentische Beschäftigte alles von Kaffee kochen über Unkraut jäten, Bücher einsortieren, Texte suchen, Recherchearbeiten, Vorlesungen vorbereiten, bis zu Mentor*innen, beziehungsweise Tutor*innentätigkeiten. Eine angemessene arbeitsrechtliche Vertretung, oder gar Tarifverträge galten sehr lange für diese ‚besseren Praktikant*innen‘ als absolut neues Terrain für die Hochschulen und Landesregierungen. In Berlin wurde entgegen diesem Trend vor einigen Jahren ein erster Tarifvertrag zwischen den Tarifparteien abgeschlossen. Seit kurzem verhandelt man über einen neuen, zweiten Tarifvertrag, wobei sich die Hochschulleitungen sträuben und mit aller Macht gegen den Abschluss eines neuen Tarifvertrags kämpfen. Am 21. November 2017 wurde beispielsweise eine friedliche Demonstration von Studierenden an der TU Berlin für einen neuen Tariflohn von der Polizei gewaltsam gestört und behindert.

In Thüringen hat sich rot-rot-grün im Koalitionsvertrag 2014 darauf geeinigt, auf einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TV-L) hinzuwirken. Thüringen, in Persona das Finanzministerium beantragte bei der TV-L eigene Tarifliche Bestimmungen für studentische Hilfskräfte. Doch die TV-L stimmte dann einstimmig, also auch mit den Thüringer Stimmen, gegen den Thüringer Antrag. Damit wurden die Hoffnungen der studentischen Beschäftigten in Thüringen auf einen Tarifvertrag wiederholt begraben. Auch im derzeitigen Novellierungsprozess des Thüringer Hochschulgesetzes hat das TMWWDG keine gravierenden arbeitsrechtlichen Neuerungen vorgesehen. Moritz Pallasch von der KTS meint dazu: „Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft hegt eine merkwürdige Einstellung zu studentischen Beschäftigten. Mehr als einmal hat man öffentlich verlauten lassen, studentischen Beschäftigte seien keine richtigen Arbeitnehmer*innen und würden eher für die Erfahrung und die Kontakte einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Wir sehen das ganz anders! Wir alle arbeiten zuallererst des Geldes wegen. Studentische Beschäftigte sind da keine Ausnahme. In Zeiten sinkender BAföG-Gesamtförderzahlen sind gerade Studierende auf gute Arbeitsbedingungen und eine faire Vergütung angewiesen“. Donata Vogtschmidt fasst es so zusammen: „Wir solidarisieren uns mit den studentischen Beschäftigten in Berlin und überall und fordern einen deutschlandweiten Tariflohn für studentische Beschäftigte, eine angemessene Vergütung der studentischen

Beschäftigten mit Nacht- und Wochenendzulagen, Entfristungsmöglichkeiten, sowie eine demokratisch legitimierte Vertretung. In den Personalräten der Hochschulen muss es eigene Vertreter*innen für die Belange der studentischen Beschäftigten geben. Den 14 Forderungen der Berliner Studierenden schließen wir uns ausnahmslos an.“¹ Im Hinblick auf die Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes fordert die Konferenz Thüringer Studierendenschaften mehr Initiative von den zuständigen Ministerien im Sinne der studentischen Beschäftigten.

Kontakt:

Donata Vogtschmidt | Sprecherin | sprecher@kts-thueringen.de

Moritz Pallasch | Sprecher | sprecher@kts-thueringen.de

Konferenz Thüringer Studierendenschaften | Carl-Zeiss-Straße 3 | 07737 Jena |

www.kts-thueringen.de

¹ Die Forderungen sind hier aufgeführt: <https://tvstud.berlin/forderungen/>